

Arbeitsmarktpolitik mit verändertem Vorzeichen

Autor(en): **Hug, Klaus**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **69 (1989)**

Heft 12

PDF erstellt am: **19.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-164691>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Arbeitsmarktpolitik mit veränderten Vorzeichen

Nach bald siebenjährigem Aufschwung ist es nicht verwunderlich, dass die Schweizer Wirtschaft am Rande ihrer technischen und personellen Kapazitäten operiert. Beflügelt von den günstigen Perspektiven erlebte sie einen kräftigen Ausbau und eine starke Erneuerung der technischen Ausrüstungen. Der Umfang solcher Investitionen wuchs um 72 %, die Auslastung der vorhandenen Kapazitäten stieg von 80 % auf 88 %. Das Bruttoinlandprodukt hat sich in dieser Zeit um 14 % erhöht. Die neuesten Zahlen des Bundesamtes für Konjunkturfragen zeigen zwar, dass eine Verlangsamung des Wachstums nicht ausgeschlossen ist. Besonders das Bruttoinlandprodukt überraschte viele Konjunkturauguren mit einer Abschwächung um fast ein halbes Prozent. Bremslichter sind vor allem in der Bauwirtschaft zu sehen, deren Entwicklung mit zunehmender Deutlichkeit von den hohen Zinsen beeinflusst wird. Längerfristig spricht man aber bereits wieder von goldenen neunziger Jahren und weist zur Untermauerung dieser These auf die gesunde Basis bei den Investitionen hin. Auch wenn einzelne Konjunkturindikatoren auf eine Abflachung hindeuten, ist nicht damit zu rechnen, dass sich die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt in nächster Zeit wesentlich ändern wird.

Das wirtschaftliche Wachstum der vergangenen Jahre hat auch im personellen Bereich zu einer klaren Expansion geführt. Die Zahl der Erwerbstätigen hat sich um 200 000 erhöht. Der Beschäftigungsindex weist ein weiterhin andauerndes Wachstum aus. Charakteristisch für unsere Situation ist, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften weit grösser als das Angebot ist. Während sich die Zahl der Arbeitslosen (Ganz- und Teilarbeitslose) im Durchschnitt der letzten sieben Jahre von 28 000 auf 20 000 verminderte, erhöhte sich die Zahl der offenen Stellen markant. Mitte dieses Jahres hatten wir erstmals seit Beginn der achtziger Jahre wieder mehr offene Stellen als Ganzarbeitslose. Im August dieses Jahres reduzierte sich die Zahl der Ganzarbeitslosen auf 15 627. Diesen Ganzarbeitslosen stehen 17 268 offene Stellen gegenüber. Bedenkt man, dass die nicht obligatorischen Meldungen der offenen Stellen nur einen Teil der zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze bilden, so darf man ohne weiteres von einem aktuellen Bedarf von mehreren 10 000 Personen ausgehen. Es gibt andere Indikatoren für diese Feststellung. Ich denke etwa an den monatlichen Manpower-

Index oder an die Auswertung des Umfangs der Stelleninserate in der Schweizer Presse.

Die Problemstellung in unserer Arbeitsmarktpolitik hat sich in kurzer Zeit grundlegend geändert. Es ist noch nicht lange her, da standen — vor dem Hintergrund der Erfahrungen der siebziger Jahre und der Rezession 1982/83 — Probleme der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigungsförderung im Zentrum unserer Bemühungen. Mit Blick über die Landesgrenzen hinaus sind diese Themen noch keineswegs vom Tisch. Ich möchte hier beispielsweise den sog. Kreisky-Bericht erwähnen, der unter dem Titel «Zwanzig Millionen suchen Arbeit» «ein Programm für die Vollbeschäftigung in den neunziger Jahren» vorlegt. (Die Schweiz wird darin nur am Rande gestreift und wenn, dann — im Gegensatz zu den skandinavischen Ländern — etwas lieblos.)

Erst in jüngster Zeit wird allmählich erkannt, dass der Mangel an Arbeitskräften und die Lücken in den beruflichen Qualifikationen eine nicht bloss vorübergehende, sondern langfristige Herausforderung für die Arbeitsmarktpolitik der Schweiz darstellen werden. Das Problem ist nicht nur eine Folge der guten Konjunktur.

Es sind insbesondere zwei *strukturelle* Faktoren, die in die Beurteilung der Lage miteinbezogen werden müssen.

Die demografische Entwicklung

1. Die neu ins erwerbsfähige Alter tretenden Jahrgänge werden von Jahr zu Jahr schmäler. Zählte man 1985 noch annähernd 105 000 20jährige, so wird sich die Zahl der 20jährigen im Jahre 2000 auf 80 000 vermindert haben.

Die zukünftige Entwicklung des Angebotes an Arbeitskräften in der Schweiz unterscheidet sich folglich wesentlich von jener anderer Länder, beispielsweise der USA, deren beschäftigungspolitische Hauptaufgabe in der Schaffung genügend neuer Arbeitsplätze liegt, um die neu auf den Arbeitsmarkt drängenden Jahrgänge absorbieren zu können.

2. *Der Strukturwandel:* Der intensive Strukturwandel, von dem unsere Zeit geprägt ist, wird massgeblich durch die technologische Entwicklung angetrieben. Wir erleben dabei Durchbrüche, die zu immer neuen und erstaunlichen Fortschritten führen. Es ist überflüssig zu betonen, dass diese Entwicklung noch in vollem Gange ist und ungebremsst weitergehen wird. Es dürfte dazukommen, dass die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes den Strukturwandel europaweit noch beschleunigen wird.

Vor diesem Hintergrund erstaunt es wenig, dass sich der Personalmangel, unter dem die meisten Unternehmungen heute leiden, in erster Linie

als Mangel an qualifizierten und spezialisierten Mitarbeitern manifestiert. Damit sind beileibe nicht nur Ingenieure, Projektleiter oder Forscher gemeint. Immer mehr fehlen beispielsweise auch ausgebildete Mechaniker, Monteure und andere Handwerker. Bemerkenswert ist immerhin, dass in den letzten Monaten auch der Mangel an ungelernten Arbeitskräften deutlich zugenommen hat. Es fehlt somit überall an Händen und Köpfen.

Das neue Ziel

Für die Arbeitsmarktpolitik ergibt sich somit eine Aufgabe unter veränderten Vorzeichen: Nicht mehr die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bildet heute das dominierende Ziel, sondern es geht darum, der Wirtschaft — die sich im Kampf um die Erhaltung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit befindet — ein ausreichendes Angebot an Arbeitskräften zur Verfügung zu stellen.

Zur Verfolgung dieses Ziels stehen unserer staatlichen Arbeitsmarktpolitik insbesondere die folgenden Instrumente zur Verfügung:

1. Das Qualifikationsprofil der Erwerbstätigen und der Auszubildenden muss besser auf den qualitativen Bedarf abgestimmt werden. Hier sind Massnahmen im Bereich der *Bildungs- und Weiterbildungspolitik* sowie der *Berufsberatung* angesprochen.

2. Es müssen Anreize geschaffen werden, damit *Nichterwerbstätige*, die im Besitz einer Qualifikation sind oder waren, erneut auf den Arbeitsmarkt stossen. Im Visier dieser Politik zur *Beeinflussung der Erwerbsquote* stehen hauptsächlich die Frauen und freiwillig aus dem Erwerbsleben zurückgetretene Personen, aber (bei der Tendenz zur Senkung des Rentenalters) auch arbeitswillige Rentner.

3. Der präzisere Einsatz der Instrumente der *Arbeitslosenversicherung*, namentlich der Präventivmassnahmen, soll die Vermittelbarkeit der stellensuchenden Menschen verbessern und ihnen einen Wiedereinstieg ins Erwerbsleben erleichtern.

4. Schliesslich kann mit einer klugen *Ausländerpolitik* schnell wirksam ein gewisser Beitrag zur Verbesserung der Situation geleistet werden.

Weiterbildung

Der Staat kann und soll nicht alles allein regeln. Gerade die Arbeitsmarktpolitik ist in hohem Masse eine Verbundpolitik zwischen Staat, Wirtschaft und Sozialpartnern. Es gibt deshalb viele Dinge, welche die Wirtschaft und die Sozialpartner selbst vornehmen müssen. Ich denke hierbei

vor allem an die bessere Ausschöpfung brachliegender innerbetrieblicher Personal-Ressourcen, an innovative Personalarbeit, an die Entwicklung neuer Arbeitsformen und an eine notwendige grössere Leistungsbereitschaft.

Doch zurück zu den vier Punkten. Im Bereich der *Bildungs- und Weiterbildungspolitik* sind Instrumente angesprochen, deren Wirksamkeit eher *mittel- und langfristig* angelegt ist.

In den vergangenen Jahrzehnten stand die Grundausbildung im Zentrum der Berufsbildungspolitik. Heute setzt sich die Erkenntnis durch, dass eine gute und moderne Grundausbildung zwar wichtig, aber für die Dauer einer beruflichen Laufbahn allein nicht mehr zu genügen vermag. Der scharfe wirtschaftliche Wettbewerb, der schnelle technologische und der intensive strukturelle Wandel bedingen eine dauernde Fort- und Weiterbildung, die deshalb zum zweiten Pfeiler unserer Bildungspolitik geworden ist. Wenn wir heute nach dem Handlungsbedarf des Staates im Bereich der Weiterbildung fragen, so ist davon auszugehen, dass schon ein reichhaltiges privates und öffentliches Angebot besteht. Aufgabe des Staates kann es höchstens sein, Impulse zu geben in Bereichen mit Schwachstellen. Die Sondermassnahmen, welche der Bundesrat am 28. Juni 1989 zuhanden des Parlamentes verabschiedet hat, haben folgende Stossrichtungen:

1. Im Bereich der beruflichen Weiterbildung:

- Beseitigung von Kapazitätsengpässen und Erweiterung der Nachdiplom-Möglichkeiten an Höheren Fachschulen, vor allem an HTL, HWV und Technikerschulen;
- Weiterbildung gelernter Berufsleute;
- Weiterbildung von ungelernten Erwerbstätigen, speziell in Richtung der Qualifikationsanhebung und des Nachholens von Lehrabschlussprüfungen;
- Erhöhung des Anteils der Frauen sowie der Ausländer der 2. Generation an weiterführenden Lehrgängen und Schulen;
- Wiedereingliederung aus dem Berufsleben Ausgetretener;
- Motivierungsmassnahmen bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern;
- Vergrösserung des Weiterbildungsangebots für Berufsschullehrer und Entwicklung von Teachware und Lernstrategien.

2. Ausbau der Weiterbildung an den ETH und den kantonalen Hochschulen und Beteiligung an internationalen Weiterbildungsprogrammen.

3. Förderung des Computer Integrated Manufacturing (CIM) durch Schaffung von 6 regionalen CIM-Zentren und Förderung der Forschung im Bereich der neuen Fertigungstechnologien.

Brennende Probleme

1. Ich habe als weitere Möglichkeit die *Erhöhung der Erwerbsquote* genannt. Hier sind eine Vielzahl von Massnahmen denkbar. Das Spektrum reicht vom Abbau der Mobilitätshemmnisse im Bereich der 2. Säule über die Vergrösserung des Angebots an Teilzeitstellen bis hin zur Einrichtung von Tagesschulen, die Erwerbstätigkeit und Familienpflichten vermehrt kompatibel machen. Dabei möchte ich keinesfalls soweit gehen, dem Staate die Verantwortung für die Erziehung der Kinder zu überbinden, nur damit die Mütter ausserhalb des Hauses arbeiten können. Zusammen mit der Wirtschaft sind Pilotprojekte für den Wiedereinstieg von Frauen und die flexible Weiterbeschäftigung von Pensionierten zu entwickeln.

2. Auch wenn wir gegenwärtig eine sehr kleine Arbeitslosigkeit haben, müssen die Aktivitäten zu ihrer *Bekämpfung* resp. *Tiefhaltung* weitergeführt werden. Gerade in Zeiten starker Arbeitskräftenachfrage sind Massnahmen zugunsten jener zahlreicher werdenden Arbeitslosen notwendig, deren Vermittelbarkeit besondere Schwierigkeiten macht. Das Instrumentarium der *Präventivmassnahmen*, vom BIGA und von der Aufsichtskommission des Arbeitslosenversicherungsfonds gezielt und gelegentlich auch experimentell eingesetzt, bietet mannigfache Möglichkeiten. *Es wäre indessen eine Illusion zu glauben, die brennenden Probleme des heutigen Arbeitsmarktes könnten mit diesem Instrument spürbar entschärft werden.*

Fremdarbeiterpolitik

1. Als wichtigstes, *kurzfristig wirksames* Instrument erweist sich die *Fremdarbeiterpolitik*. Die Beschäftigung einer grossen Zahl von Ausländern hat in der Schweiz seit mehr als einem Jahrhundert Tradition. Dass wir seit Jahrzehnten einen Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung von 12–15% und einen Anteil der ausländischen Erwerbstätigen von 20–25% ohne nennenswerte soziale Spannungen bewältigen konnten, stellt der Politik unserer Behörden im gesamten ein gutes Zeugnis aus.

Die einwanderungsintensivste Zeit waren die sechziger Jahre: Die ständige ausländische Wohnbevölkerung erhöhte sich damals im Schnitt jährlich um nahezu 50 000 Menschen. Das musste politische Reaktionen auslösen, die seither in Form von Überfremdungsinitiativen regelmässig die politische Agenda der Eidgenossenschaft befrachten. Obwohl alle diese Initiativen vor Volk und Ständen scheiterten — die letzte erst im vergangenen Dezember —, hat der Bundesrat die Signale ernstgenommen. Die Stabilisierung der ausländischen Wohnbevölkerung, die Integration der Auslän-

der, die Verbesserung der Arbeitsmarktstruktur und die Priorität der einheimischen Mitarbeiter wurden zu Leitlinien seiner Ausländerpolitik.

Man kann den Bären nicht waschen, ohne sein Fell nass zu machen. Die Stabilisierungspolitik hat einschneidende Folgen. Viele Bedürfnisse der Wirtschaft konnten und könnten nicht gedeckt werden. Immerhin ist es damit gelungen, die politischen Verhältnisse im Gleichgewicht zu halten, auch wenn im Gefolge des gegenwärtigen Konjunkturzyklus ein gewisses, allerdings kontrolliertes Ansteigen der Ausländerzahlen nicht zu vermeiden ist. Das Beschäftigungswachstum wurde seit 1984 bekanntlich zu rund Dreivierteln durch den Zuzug von Ausländern möglich gemacht.

Aufgabe einer verantwortungsvollen Politik ist es, auch in wirtschaftlich guten Zeiten eine langfristig tragfähige und staatspolitisch verantwortbare Ausländerpolitik zu betreiben, die nicht gewisse Fehler der Hochkonjunktur wiederholt, als die ungezügelte Zulassung von Fremdarbeitern nicht nur zum Entstehen xenophober Bewegungen geführt hat, sondern auch den Strukturwandel und die technologische Anpassung spürbar verzögert und damit die Auswirkungen der Rezession unerwartet verschärft hat. Die Annäherung an die EG und ihre Freizügigkeit im Personenverkehr, die Liberalisierung der Märkte und des Submissionswesens der öffentlichen Hand sowie die wachsende Globalisierung der Wirtschaft machen die Entwicklung von *neuen Leitideen* nötig, ohne vom Pfad der Stabilisierung abzuweichen (was etwa gleich schwierig ist, wie auf dem Pfad der Tugend zu verharren).

2. Der Stabilisierungsgrundsatz, zu dem der Bundesrat auch heute noch verpflichtet ist, schränkt die quantitativen Möglichkeiten der Fremdarbeiterpolitik naturgemäss stark ein. Unser Augenmerk muss sich daher im besonderen auf die *Verteilung des knappen Angebotes* von ausländischen Arbeitskräften und ihre *Qualifizierung* richten.

Innerhalb der Zulassungsbegrenzung für neueinreisende Ausländer besteht ein gewisser Spielraum, der von den Bewilligungsbehörden zur Verfolgung verschiedener Ziele genutzt wird:

- zur Verbesserung einer ausgeglichenen Beschäftigung, z. B. in und zwischen den Regionen;
- für eine Schwerpunktsetzung bei bestausgebildeten Berufs- und Kaderleuten sowie seltenen Spezialisten und Fachleuten in Schlüsselgebieten;
- für eine verstärkte internationale Durchlässigkeit im Bereich Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Diese Zielsetzungen sollen in Zukunft noch verstärkt werden. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass eine weitere Verstärkung des qualitativen Elementes nur zu erreichen ist, wenn der Bedarf an weniger qualifizier-

ten Arbeitnehmern abgeschwächt werden kann oder wenn es gelingt, die weniger qualifizierten Ausländer, namentlich Saisoniers, die den Status des Jahresaufenthalters bekommen, besser zu qualifizieren. Gerade dies ist aber ein langfristiger Prozess.

Realistisch betrachtet ist in der Schweiz nicht damit zu rechnen, dass in Zukunft eine spürbar kleinere Zahl von *wenig qualifizierten* Ausländern benötigt werden wird: Viele Hilfsarbeiten, Tätigkeiten mit geringem sozialen Ansehen oder Arbeiten, die unter wenig attraktiven Bedingungen geleistet werden müssen, werden von uns Schweizern immer weniger gern ausgeführt. Nicht alle diese Tätigkeiten können nun einfach wegrationalisiert werden.

3. Untersuchungen kommen zum Schluss, dass in Branchen, die sich reichlich mit ausländischen Arbeitskräften eindecken konnten, Strukturen erhalten und ein Breitenwachstum begünstigt wurden. Dem Druck zur Innovation, Modernisierung und Anpassung konnte teilweise ausgewichen werden, da die Arbeitskräfte nicht knapp und überdies billig waren.

Mit der Zuteilung der Saisonarbeitskräfte und Kurzaufenthalter in besonderem Masse an das Bau- und Gastgewerbe wurden zwei Branchen «begünstigt», deren Wertschöpfung pro Mitarbeiter deutlich unter dem schweizerischen Schnitt liegt: Bei einem schweizerischen Mittel von 71 000 Franken Bruttowertschöpfung pro Erwerbstätigen und Jahr lagen das Baugewerbe mit 61 000 Franken und das Gastgewerbe mit 39 000 Franken deutlich darunter. Die Landwirtschaft mit ihrem wachsenden Ausländerbedarf kann bald einmal als drittes Beispiel genommen werden.

Es gibt Hinweise, wonach vor allem das Gastgewerbe einen gewissen Rückstand in der strukturellen Anpassung aufweist. Objektiverweise muss aber beigelegt werden, dass die hohe Arbeitsintensität mit Besonderheiten und Eigenarten der Produktionsbedingungen dieser Branche zusammenhängen, deren Rationalisierungspotential beschränkt ist.

Überdies spielen das Gastgewerbe und die Hotellerie gerade für die Berggebiete eine zentrale wirtschaftliche Rolle. Eine Verknappung ausländischer Arbeitskräfte für die Tourismusbranche bliebe nicht ohne einschneidende Folgen für manche Bergregionen.

4. Indem der Rationalisierungsdruck in den genannten Branchen durch die Zuführung immer neuer Ausländer, welche die Abgewanderten ersetzen, abgeschwächt wird, lastet er um so stärker auf anderen Wirtschaftszweigen, die denn auch in wachsendem Masse Bedürfnisse geltend machen: Etwa das Gesundheitswesen, die chemische Industrie, der Detailhandel, die Banken/Versicherungen und die Maschinenindustrie.

Ein Teil dieses Druckes, der durchaus wünschbare Rationalisierungs- und Automatisierungsfolgen hat, wird wieder aufgehoben durch den

Zufluss von in Jahresaufenthalter umgewandelten Saisonniers, die aus den Regionen in die Agglomerationen ziehen und dort in Industrie und Gewerbe beschäftigt werden. Im gesamten hat dieser Fluss das positive Ergebnis, dass in den Agglomerationen auch wenig begehrte Arbeitsplätze leichter besetzt werden können. Die Schwachstelle des Systems liegt jedoch darin, dass der Zufluss von neuen Ausländern in den Regionen kaum gebremst werden kann. Ich bin deshalb der Überzeugung, dass wir nicht mehr länger darum herumkommen, das qualitative Element der Ausländerpolitik auch bezüglich Saisonniers zu verwirklichen, nämlich in ihrer schnelleren und wirksameren Schulung und Qualifizierung, besonders dann, wenn sie das Recht auf die Jahresaufenthaltsbewilligung und den Familiennachzug bekommen.

Sicher gilt der Grundsatz noch heute, dass sich eine starke und moderne Volkswirtschaft nicht auf billigen ausländischen Arbeitskräften aufbauen kann. *Aber die heutige Wirklichkeit ist anders: Wir brauchen die Ausländer zum grössten Teil nicht, weil sie billig sind, sondern weil wir die entsprechenden Leute bei uns nicht mehr finden — und zwar die qualifizierten und spezialisierten, aber auch jene, welche die wenig attraktiven Arbeiten tun.*

Die kritische Masse

Der Druck auf unsere Arbeitsmarktpolitik wird in nächster Zeit bestehenbleiben.

Bereits heute zeichnen sich grosse internationale Verschiebungen, Konzentrationen und Neugruppierungen ab. Die Frage nach der kritischen Masse gewinnt an Bedeutung. Die durchschnittliche Unternehmensgrösse wird vermutlich noch einmal kräftig wachsen. Schweizerische Unternehmen werden an den Vorteilen, die sich hier ergeben, wohl nur soweit partizipieren, als sie in den andern Märkten voll präsent sind. Dies trifft heute schon auf Teile der Exportindustrie, auf die Grossbanken, Versicherungen und Grosshandelsfirmen zu (*weltmarktorientierter Sektor*), weniger auf den *binnenorientierten Sektor*, dem grosse Teile der Dienstleistungssektoren, des Baugewerbes und der Landwirtschaft angehören.

Der binnenorientierte Sektor wird mit der Öffnung der Märkte zudem allmählich den natürlichen und künstlich geschaffenen Schutz verlieren, was zur Folge hat, dass ihm der Wind der internationalen Konkurrenz ungehindert ins Gesicht blasen wird. Insbesondere ist nicht damit zu rechnen, dass im Zeichen wachsenden internationalen Austauschs die Ausländer-Bewilligungspraxis zum beliebigen Fernhalten ausländischer Anbieter eingesetzt werden kann.

Internationale Arbeitsteilung

Die weltwirtschaftlichen Karten werden heute neu verteilt. In diesem Spiel wird der internationalen Arbeitsteilung eine wichtige Rolle zukommen. Die Schweiz als kleiner Staat mit wenig Menschen kann auch nicht alles selber machen. Gerade die heutige Situation mit hoher Anspannung an allen Orten führt uns das wieder deutlich vor Augen. Die Schweizer Wirtschaft hat es schon immer verstanden, aus dieser Not eine Tugend zu machen, im Ausland starke eigene Stützpunkte und Produktionsstätten zu errichten oder zu erwerben. Ein Vergleich mit Österreich macht das deutlich: Im Vergleich zu unserem östlichen Nachbarland beschäftigt die Schweizer Wirtschaft 15mal mehr Leute im Ausland. In den EG-Staaten allein stellen wir 350 000–400 000 Arbeitsplätze zur Verfügung, Österreich rund zehnmal weniger.

Die internationale Arbeitsteilung weitet sich immer schneller aus. Schweizer Uhrenbestandteile werden in Thailand hergestellt; deutsche Sportschuhe in Korea. Lange nicht alles, was die Marke Siemens trägt, wird in Europa hergestellt. Bis vor kurzem ausgesprochene Billiglohnländer wie Korea beginnen, Mikrowellenöfen in Ungarn und Fernsehgeräte in Vietnam zu produzieren.

Die Schweiz mit ihren nicht nur günstigen Rahmenbedingungen ist voll eingebunden in diese Neuformierung der Arbeitsteilung. Es hat keinen Sinn, Dingen nachzutrauern, die andernorts billiger und gelegentlich auch besser produziert werden. Wir sind ein teures Land und müssen uns in der Produktion auf wertschöpfungsstarke Schlüsselbereiche mit hoher Produktivität konzentrieren. Die Zukunft der Schweiz ist nicht, wie kürzlich jemand geschrieben hat, ein Zwischending von Flughafen Kloten und dem Fürstentum Liechtenstein. Wir werden — wenn wir wollen — weiterhin ein starker, moderner Werkplatz sein.

Wichtig ist jedoch, dass es uns gelingt, die wirtschaftlichen Entscheidungszentren und Führungsbereiche in unserem Lande zu behalten, die Forschungsstätten und Labors, und dass nicht ganze Tätigkeitsgebiete oder die Firmen selbst ins Ausland abwandern. Die gegenwärtigen Rahmenbedingungen, wozu auch die Arbeitskräfteknappheit gehört, veranlassen viele Schweizer Unternehmen zu strategischen Entscheidungen. Mit unserer staatlichen Arbeitsmarktpolitik müssen wir mithelfen, dass sie in die richtige Richtung gefällt werden. Die Standortfrage entscheidet sich jedoch nicht nur an diesem Punkt. Die Sicherung unserer Standortattraktivität muss ein vorrangiges Ziel unserer gesamten Politik sein.

Zum Schluss gestatte ich mir den Hinweis, dass sich in Zeiten der Hochkonjunktur auch das Verhalten der Menschen ändert. Das Geniessen der Vorteile der Lebensqualität hat oftmals Vorrang vor Einsatz und Leistung.

Das Verhalten des Menschen und der Wertewandel können durch ökonomische oder staatliche Massnahmen nur schwer beeinflusst werden. Sie könnten sich dann ändern, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen wieder einmal schlechter werden. Das wünscht niemand — das sagt im Moment glücklicherweise fast niemand voraus, auch wenn meine Zuversicht angesichts gewisser Entwicklungen im Zinsektor und an der Wachstumsfront nicht ganz so ungetrübt ist. Trotzdem: Wir haben vorläufig auch mit diesen Rahmenbedingungen zu leben. Aus der Aufgabe das Beste zu machen, dem können sich Staat und Wirtschaft nicht entziehen.

Trisa DATA

Die Zahnbürste mit der 3-fachen Wirkung!

- Zahnfleisch-Schutz
- Karies-Stop
- Hygiene-Memo



Zahnärzte empfehlen die Trisa DATA Zahnbürste ☐